

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Aufklärung der Öffentlichkeit und des Landtages Brandenburg über die Privatisierungsüberlegung der Gesellschafter des Flughafens BER

Schon seit vielen Monaten wird aus sogenannten „gut informierten Kreisen“ berichtet, dass sich die Gesellschafter Berlin, Brandenburg und der Bund intern, mit unterschiedlichen Auffassungen, über die Privatisierung von Anteilen des Flughafens BER unterhalten. Das Problem ist, dass der BER zum finanziellen Milliardengrab, einem Fass ohne Boden geworden ist und dass sich die Gesellschafter Berlin, Brandenburg und der Bund eingestehen, dass sie in der Vergangenheit nicht in der Lage waren, ein solches Projekt zu managen. Sie unterliegen vermutlich der Einschätzung, dass sie auch in der Zukunft nicht in der Lage sein werden, ein solches Projekt zu managen. Das ist ein Armutszeugnis für die Verantwortlichen.

Der Flughafenstaatssekretär Bretschneider hatte über eine Möglichkeit der Teilprivatisierung des BER bereits im BER-Sonderausschuss des Landtages 6. Wahlperiode spekuliert, ohne den Landtag oder seine Gremien genauer zu diesen Überlegungen zu informieren.

Der „Business Plan 2015 zur Fertigstellung und zukünftigen Entwicklung des BER“ der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg vom 6. April 2015 gibt den Ausblick (auf Seite 8): „Das stabile Geschäftsmodell und der absehbare Break-even machen den BER zukünftig interessant für private Investoren.“

Nun ist die Privatisierung eines derartigen Großprojektes keine Privatangelegenheit einiger weniger zuständiger Beamter, sondern betrifft unmittelbar das Haushaltsrecht des Landtages. Es berührt die mittelfristige Finanzplanung des Landes Brandenburg. Wie nun am 17. Juni 2015 durch Presseberichterstattung bekannt wurde, stellt sich der Regierende Bürgermeister von Berlin ganz klar gegen eine Teilprivatisierung des BER, im Gegensatz zu Berlin und Brandenburg, die sich diese Erwägung nach wie vor überlegen und dem wohl aufgeschlossen und eher positiv gegenüberstehen.

Aus diesem Grunde möge der Landtag Brandenburg beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich dem Landtag Brandenburg und seinen Gremien voll umfassend über die bisher angedachten Schritte und Überlegungen zur Privatisierung oder Teilprivatisierung des Flughafens BER bzw. von Anteilen der Flughafengesellschaft FBB zu berichten und darzulegen. Der Landtag erwartet einen derartigen Bericht bis zum 01.09.2015.

Begründung:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin weist auf die gescheiterten Privatisierungsprojekte der Vergangenheit, insbesondere die Privatisierung des Flughafens Berlin-Schönefeld, seinerzeit BBI an Hoch-Tief aus den Jahren 1998 sowie 2003 bis 2004, hin.

In Ansehung der Privatisierungsvorhaben der Vergangenheit zeigt sich, was am Ende die Konsequenzen sind. Vermögen des Staates wird zu Bruchteilen des Wertes quasi als Penny-Stocks verhökert, Schulden werden verstaatlicht und Gewinne werden privatisiert. Am Ende zahlt der Staat für die Kosten, die entstehen noch oben drauf. Ein schönes Beispiel bzw. ein abschreckendes Beispiel dafür war der Privatisierungsvertrag Hoch-Tief für den Flughafen BBI.

Weiterhin steht zu befürchten, dass die Politik in Berlin und im Bund diese Linie der Privatisierung auch deshalb verfolgt, um sich selbst aus der politischen Verantwortung für all den angerichteten Schaden und vor allem aus der Verantwortung für die betroffenen Bürger im Umfeld des Flughafens herauszuwinden. Bisher hat aber weder die Landesregierung noch der Bund die Öffentlichkeit oder die Parlamente in irgendeiner geeigneten Art und Weise darüber informiert, was hier hinter den Kulissen gespielt wird.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe